



MACH' MEINEN
KUMPEL
NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN- GLEICHHEIT

OKTOBER 2017

Workshop in Rostock

Rechtspopulismus und soziale Medien

In Kooperation mit dem Betrieblichen Beratungsteam BBT und der DGB Jugend Mecklenburg-Vorpommern veranstalten wir am 13. Dezember in Rostock einen Workshop zum Thema „Rechtspopulistische Organisationen und soziale Medien in der Arbeitswelt“. Soziale Medien spielen im Leben vieler Menschen eine immer größere Rolle. Gerade rechtspopulistische Organisationen und Parteien konzentrieren ihre Öffentlichkeitsarbeit auf soziale Medien. Durch das Medium Internet erreichen sie einen Großteil ihrer WählerInnen und SympathisantInnen und können manipulativ und selektiv Behauptungen und Fakten aufstellen. Sie schaffen eine Informationswelt, die jegliche Kritik als nicht legitimiert erklärt. Auch die Arbeitswelt ist davon betroffen und die Diskussionen in Betrieben und Berufsschulen basieren zunehmend auf der Grundlage sozialer Medien. Wir wollen diesen medialen Trend näher beleuchten und darüber diskutieren. Besonders die Frage, wie im betrieblichen Alltag diskriminierenden und menschenverachtenden Kommentaren begegnet werden kann, soll eine wichtige Rolle für den Workshop spielen. Denn die politische Sprache und ihre diskriminierenden Parolen sind in der Arbeitswelt ebenso vorhanden. Sie stören empfindlich das Arbeitsklima und die politische Diskussionskultur. Hier handlungssicher zu sein, ist wichtig für die betriebliche Praxis. Das Tagesseminar richtet sich an Aktive in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Antirassismus-Arbeit. Mehr Informationen zur Anmeldung und zum Programm findet ihr unter: <http://www.gelbehand.de/informiere-dich/veranstaltungen/>

Jetzt mehr denn je!

Appell der Gelben Hand nach der Bundestagswahl

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist eine politische Zäsur, die uns nicht unberührt lassen kann. Der Einzug der rechtspopulistischen, in Teilen rechtsextremen „Alternative für Deutschland“ in den Bundestag mit 12,6% stellt ein Novum dar, das Folgen hat für die politische Kultur unseres Landes. Autoritäre, neoliberale, rassistische und menschenverachtende Positionen sind nun im Bundestag vertreten, sie erreichen nun eine größere Öffentlichkeit und schaden so unserer Demokratie. Obwohl die Partei seit 2014 in 13 Landtagen vertreten ist und sie oft als reine Protestpartei abgekanzelt wurde, zeigte sie in ihrer Programmatik und in den Aussagen von führenden Politikerinnen und Politikern, dass sie Veränderungen in diesem Land einfordern, die fundamental sind. Ihre Familienpolitik, ihre Bildungspolitik, ihre Ansichten zur Europäischen Union, zur Geschichtspolitik und zur Gleichberechtigung von Mann und Frau stehen den Werten der DGB-Gewerkschaften und der Gelben Hand diametral entgegen! Und das gilt auch für gewerkschaftliche Kernthemen. Die AfD will die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einschränken, die

*Mit aller Kraft
müssen wir
uns einsetzen
für Vielfalt,
Akzeptanz und
Teilhabe, für
eine plurale,
freiheitliche
Demokratie.*

sozialschwächeren Gruppen massiv gegeneinander ausspielen und fordert größere Freiheiten für Arbeitgeber. Dieser Neoliberalismus ist gefestigter Bestandteil des Programms und wird von den Parteioberen immer wieder formuliert. Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von den Gewerkschaften in einem jahrzehntelangen Kampf mühsam gesellschaftlich verankert wurden, sind in Gefahr wieder zu verschwinden. Rassistische Hetze dient als Grundlage um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer untereinander auszuspielen und deren Stärke zu mindern. Dem müssen wir entschieden entgegentreten! Denn wenn Spitzenvertreter dieser Partei eine erinnerungspolitische Wende fordern und auf „Wehrmachtssoldaten wieder stolz“ sein wollen, dann ist das ein Bruch mit dem Grundkonsens unserer

bundesrepublikanischen Demokratie. Das zeigt in aller Deutlichkeit, wessen Geistes Kind diese Politikerinnen und Politiker sind. Sie sind eine Gefahr für die Demokratie und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Das dürfen wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, schon allein aus dem Bewusstsein unserer eigenen Geschichte, nicht zulassen. Gerade die Gewerkschaften kämpfen für eine gerechtere Gesellschaft - und zwar für alle, unabhängig von Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Doch nicht immer geht es gerecht zu, es gibt soziale Probleme in diesem Land, die wir klar benennen müssen:

wie zum Beispiel die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, prekäre Beschäftigung und drohende Altersarmut. Im Zuge der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, der Globalisierung und der Digitalisierung befördert dies bei vielen Verunsicherung und soziale Abstiegsängste. Hier müssen wir den Dialog suchen, darüber müssen wir mit den Menschen, die jetzt aus Protest die AfD gewählt haben, reden und sie wieder davon überzeugen, dass die Alternative zur Lösung dieser Probleme nicht eine rassistische Partei sein kann, sondern der gemeinsame Kampf für eine sozial gerechte Gesellschaft innerhalb demokratischer Strukturen! Mit aller Kraft müssen wir uns einsetzen für Vielfalt, Akzeptanz und Teilhabe, für eine plurale, freiheitliche Demokratie, für eine moderne, gerechte und solidarische Einwanderungsgesellschaft - gegen die rückwärtsgewandte, nationalistisch-völkische, menschenfeindliche Politik des Hasses, der Ausgrenzung und der Spaltung. Mit aller Kraft. Mehr denn je.

Zeigt „Die Gelbe Hand“, das gewerkschaftliche Symbol gegen Rassismus, und tretet einer Polarisierung der Gesellschaft entgegen. Werdet aktiv!

Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins

Infos zu unseren Aktivitäten und zu den Möglichkeiten, sich zu engagieren und uns zu unterstützen, findet ihr unter: www.gelbehand.de

Rechtspopulismus und Betriebsratswahlen

Gelbe Hand und „Respekt!“

Spätestens die Bundestagswahl hat gezeigt: rechtspopulistische Positionen, wie sie die AfD vertritt, sind für viele wählbar. Obwohl deren Forderungen gewerkschaftlichen Grundideen fundamental widersprechen, haben auch Kolleginnen und Kollegen die AfD gewählt. Zusammen mit der IG-Metall-Initiative „Respekt! – Kein Platz für Rassismus“ veranstalten wir am 18.11.2017 in der Vorstandsverwaltung der IG Metall in Frankfurt ein Seminar, das sich mit den gesellschaftlichen und betrieblichen Herausforderungen des Rechtspopulismus im Hinblick auf die Betriebsratswahlen im kommenden Jahr beschäftigt. Mit der Veranstaltung „Rechtspopulismus und Betriebsratswahlen“ laden wir euch ein, Erfahrungen im Umgang mit rechtspopulistischen

Akteuren im Betrieb auszutauschen und Strategien für die Betriebsratswahlen 2018 zu entwickeln. Denn wir haben dem Rechtspopulismus vieles entgegenzusetzen: statt für Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung stehen wir für Solidarität und Beteiligung! Mehr Informationen zur Veranstaltung und zur Anmeldung findet ihr unter: www.gelbehand.de/veranstaltungen



„Wir sind Demokratie“

Kongress der IG BCE in Hannover vom 08. – 13. Oktober

„Chauvinismus und Rassismus, Spaltung und Ausgrenzung haben bei uns keinen Platz“, unterstrich Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE gleich zu Beginn seiner Eröffnungsrede zum 6. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE in Hannover, bei dem auch das Gelbe-Hand-Team und der Vorsitzende Giovanni Pollice eine Woche lang mit einem Stand vertreten waren und viele neue Fördermitglieder gewinnen konnten. Vassiliadis machte deutlich, wer völkisches Gedankengut vertritt, Menschen abwertet, Intoleranz predigt und gegen Minderheiten hetzt, der sei kein Gesprächspartner für die IG BCE. Freiheit und Demokratie, Gleichheit und Solidarität – das sei der Wesenskern der IG BCE. „Dafür stehen wir, dafür kämpfen wir seit 127 Jahren“, betonte er und forderte mehr Demokratie im Parlament, im Betrieb und im Alltag ein. Demokratie müsse die gesamte Gesellschaft durchdringen. Dass der Vorsitzende der IG BCE bei seiner Eröffnungsrede den Kampf für Demokratie und gegen rechte Hetze und Radikalisierung in den Mittelpunkt stellte war ein klares, deutliches Signal in diesen politisch umwälzenden Zeiten. So formulierte er auch die Anforderungen an die Politik, die jetzt die sozialen Ursachen der Polarisierung angehen müsse: „Ungleichheit frisst den Glauben an die Demokratie auf“, so Vassiliadis. Eigens für die Eröffnungsfeier hat die IG BCE einen Song komponieren lassen und uraufgeführt, mit Streichquartett und Kinderchor, eine Hymne auf die Vielfalt der Gewerkschaft und der Gesellschaft. Der Titel war das

Leitmotiv für den einwöchigen Kongress: „Wir sind Demokratie“. Auch der DGB-Vorsitzende, Reiner Hoffmann, ging in seinem Grußwort auf die politische Lage ein. Rechtsradikale im Bundestag wolle er nicht als Normalität akzeptieren, so Hoffmann. Angesichts der Sorgen um den sozialen Zusammenhalt hob er die Bedeutung der Mitbestimmung hervor: „Die Mitbestimmung ist ein Eckpfeiler der gelebten, sozialen Demokratie.“ Getreu dem Motto des Kongresses „Gemeinschaft. Macht. Zukunft“ zeigten die 400 Delegierten, dass sie ebenfalls Ausdruck gelebter Demokratie sind. Sie beschlossen 368 Anträge zu den relevanten Zukunftsthemen rund um Digitalisierung, Industrialisierung, Mitbestimmung und gute Arbeit. Auch gesellschaftspolitisch wurden nicht nur Reden gehalten, sondern weitreichende Beschlüsse gefasst, die glasklar in der Satzung formulierten: „Wer Parteien, Vereinigungen und Organisationen unterstützt oder in ihnen Mitglied wird, die den Grundsätzen, Werten und Zielen der IG BCE zuwiderlaufen, kann nicht (mehr) Mitglied der IG BCE sein.“ Eine klare Kante gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Auch außerhalb der Satzungsänderungen standen die ersten Antragsdebatten zur Gesellschaftspolitik im Zeichen von Vielfalt und Demokratie. Der Leitantrag A001 sah vor, dass die Gewerkschaft in allen Bereichen Garant für Stabilität sein müsse – in der Arbeitswelt wie in der Gesellschaft: „Die IG BCE streitet an der Seite derer, die die Demokratie verteidigen und verbessern wollen. Sie unterstützt



v.l. Dirk Pöttmann, Fördermitglied Gelbe Hand, Michael Vassiliadis, IG BCE-Vorsitzender, Giovanni Pollice, Vorsitzender Gelbe Hand, Matthias Friedrichs, Fördermitglied Gelbe Hand

ein soziales und demokratisches Europa, denn in einer vernetzten Welt können die großen Probleme der Menschheit nur gemeinsam bewältigt werden. Die Prinzipien der Gewerkschaft dabei sind Solidarität, Ausgleich und Kooperation. Der neue Nationalismus ist ihr Gegner.“ Die Debatten der Gesellschaftspolitik widmeten sich auch populistischen Forderungen in der Flüchtlingspolitik. „Obergrenzen lösen nicht die Integrationsfrage“, stellte die stellvertretende Vorsitzende der IG-BCE-Jugend, Melanie Höse, klar. Am zweiten Kongressstag wählten die Delegierten den geschäftsführenden Hauptvorstand. Michael Vassiliadis wurde als Vorsitzender bestätigt, ebenso wiedergewählt wurden Edeltraud Glänzer, Petra Reinbold-Knappe und Ralf Sikorski. Neu im Vorstand ist Francesco Grioli. Insgesamt ging vom Kongress der IG BCE ein starkes Zeichen aus: Gewerkschaften sind ein Bollwerk der Demokratie.

Gute Arbeit - für alle Menschen!

Gewerkschaftstag der IG BAU in Berlin vom 09. – 13. Oktober

Unter dem Motto „Arbeit. Leben. Gerechtigkeit“ führte die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ihren 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag vom 9. bis zum 13. Oktober in Berlin durch. Der Vorsitzende der Gelben Hand, Giovanni Pollice, war als Ehrengast bei der Eröffnung, während der gesamten Woche war Gelbe Hand-Referent Mark Haarfeldt mit einem Stand vor Ort präsent. Dabei konnten mehrere neue Fördermitglieder gewonnen werden – dank auch der tollen Unterstützung des stellvertretenden Vorsitzenden der Gelben Hand, dem Regionalleiter Nordrhein der IG BAU, Holger Vermeer. Mehr als 300 Delegierte aus ganz Deutschland legten die Schwerpunkte der IG BAU für die kommenden vier Jahre fest. Wichtigstes Thema dabei waren die Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland. Und zwar für alle Menschen, wie der Vorsitzende der IG BAU, Robert Feiger, in seinem Grundsatzreferat ausdrücklich betonte: „Arbeit ist ein ganz wesentlicher Integrationsfaktor. Aber es braucht faire Rahmenbedingungen für Arbeit, die für alle gelten.“ Daher dürfe es keine Diskriminierung beim Mindestlohn für Geflüchtete geben: „Unabhängig von der Herkunft müssen für alle die gleichen Rechte gelten. Beschäftigte zweiter Klasse dulden wir nicht. Erstens, weil es ungerecht ist. Zweitens, weil es dem gesamten Lohngefüge schadet. Und drittens, weil es den Rechtspopulisten Zulauf bringt. Deshalb:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – auch für Geflüchtete.“ Der Rechtsruck in der Gesellschaft beschäftigte auch die IG BAU. In einem Antrag zur AfD beschlossen die Delegierten, dass diese Partei den Zielen und Aufgaben der Gewerkschaft konträr entgegenstehe. Als Begründung wurde hervorgehoben, dass die AfD eine völkisch-nationalistische, kulturrassistische und unsoziale Partei sei. Mit der Verleihung des Georg Leber-Preises für Zivilcourage auf der Eröffnungsveranstaltung setzte die Gewerkschaft ein Zeichen gegen Ausgrenzung und für eine offene, bunte und soziale Demokratie. Der Preis ging in diesem Jahr an den katholischen Pfarrer Hans Meurer und an seinen evangelischen Kollegen Hans Mörtter. Ihr Ruf als soziales Gewissen und Streiter gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit reicht inzwischen weit über die Grenzen ihrer Gemeinden in Köln hinaus. Die Laudatio für die Preisträger hielt der Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE und Präsident der Europäischen Linken Dr. Gregor Gysi. Er lobte den konkreten, nahbaren Einsatz der beiden für den sozialen Zusammenhalt. Ein Zusammenhalt, der fragiler zu werden scheint. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann mahnte in seinem Grußwort angesichts des Wahlerfolgs der AfD zu Sorge. Auch mancher Gewerkschafter hätte AfD gewählt, sagte er. Dies leite sich durchaus auch aus der sozialen Lebenslage ab. Deshalb forderte Hoffmann von der

zukünftigen Bundesregierung mehr Sicherheit im Betrieb mit Tarifverträgen, eine starke Mitbestimmung und eine Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die gute Arbeit fördert und sichert. Die IG BAU setzte auf ihrem Gewerkschaftstag auch ein sichtbares Zeichen für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Es wurde eine verbindliche Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent Frauen und mindestens 30 Prozent Männern im IG BAU-Bundesvorstand beschlossen. In der Folge wurde ein neuer Bundesvorstand mit sechs Mitgliedern gewählt. Alle bisherigen Bundesvorstandsmitglieder haben erneut kandidiert ebenso wie eine weitere Kollegin. Der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger wurde ebenso im Amt bestätigt wie seine beiden Stellvertreter Dietmar Schäfers und Harald Schaum, sowie Ulrike Laux und Carsten Burckhardt. Als weitere Frau neu in den Vorstand gewählt wurde Nicole Simons. Die IG BAU hat auf ihrem Gewerkschaftstag den Wert der Solidarität – gute Arbeit für alle – mit Leben gefüllt und ist den Spalten und Hetzern in der Gesellschaft klar entgegengetreten.



v.l. Robert Feiger, IG BAU-Vorsitzender und Mark Haarfeldt, Referent der Gelben Hand

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien

DGB-Analyse zur Bundestagswahl

Annelie Buntenbach/ Volker Rossocha



Ergebnisse der Bundestagswahl:

Obwohl 84 Prozent der Wählerinnen und Wähler die wirtschaftliche Lage und auch die persönliche wirtschaftliche Situation als gut einschätzen, haben 12,6 Prozent (Zweitstimmen) die AfD gewählt. 92 Abgeordnete der rechtspopulistischen AfD werden im künftigen Bundestag vertreten sein. In drei sächsischen Wahlkreisen erreichte die AfD Direktmandate. Dazu gehört der Wahlkreis 156 Bautzen I, Wahlkreis 157 Görlitz und im Wahlkreis 158 Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Der große Zuwachs bei den Erst- und Zweitstimmen geht auch zu Lasten der verfassungsfeindlichen NPD, die vielerorts keine Kandidatinnen und Kandidaten aufstellte und nur noch 0,4 Prozent (-0,9 %-Pkt.) der Zweitstimmen erhielt.

Regionale Unterschiede:

Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, einschließlich Berlin, erreichte die AfD die höchsten Zustimmungswerte. In Sachsen-Anhalt kommt sie auf einen Zweitstimmenanteil von 19,6 Prozent, in Thüringen auf 22,7 Prozent, in Sachsen auf 27,0 Prozent, in Brandenburg auf 20,2 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern auf einen Zweitstimmenanteil von 18,6 Prozent. Auch in den westdeutschen Bundesländern gibt es Kommunen mit überdurchschnittlich vielen AfD-Wählerinnen und -Wählern. Dazu gehören Städte wie Ingolstadt (15,3 %), Gelsenkirchen (17 %) oder auch Salzgitter und Delmenhorst.

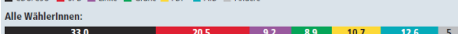
Wählerwanderung:

Von der Union erhielt die AfD rund 1 Mio. Stimmen, von der SPD und den LINKEN erhielt die AfD rund 470.000 bzw. 400.000 Stimmen und von anderen, darunter auch die NPD, knapp 690.000 Stimmen. Die AfD konnte rund 1,2 Millionen Nicht-Wähler, für sich gewinnen. Damit geht ein Teil der zusätzlichen Wahlbeteiligung auf das Konto der AfD.

GewerkschafterInnen: SPD vor CDU, AfD drittstärkste Kraft

Anteil der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl (in Prozent)

CDU/CSU SPD Linke Grüne FDP AfD Andere



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (einen DGB-Gewerkschaften auch z. B. Branchenband)

Quelle: Die Bundestagswahl / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

Gewerkschaftsfrauen wählen Rot-Rot-Grün

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Geschlecht (in Prozent)

CDU/CSU SPD Linke Grüne FDP AfD Andere



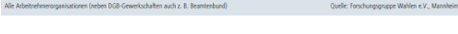
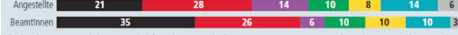
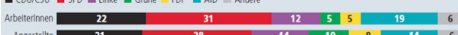
Alle Arbeitnehmerorganisationen (einen DGB-Gewerkschaften auch z. B. Branchenband)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

GewerkschafterInnen: SPD bei Angestellten und ArbeiterInnen stärkste Kraft

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Berufsgruppen (in Prozent)

CDU/CSU SPD Linke Grüne FDP AfD Andere



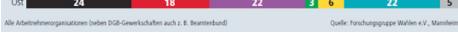
Alle Arbeitnehmerorganisationen (einen DGB-Gewerkschaften auch z. B. Branchenband)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

GewerkschafterInnen im Osten: Linke und AfD gleich auf

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

CDU/CSU SPD Linke Grüne FDP AfD Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (einen DGB-Gewerkschaften auch z. B. Branchenband)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

Bevölkerungsgruppen:

AFD-Wähler sind zumeist männlich, im Alter von 30 – 59 Jahren, berufstätig oder arbeitslos. Infratest dimap erläutert in ihrer Analyse, dass 21 Prozent der AfD-Wählerinnen und Wähler sich der Gruppe der Arbeiter und 13 Prozent sich der Gruppe der Angestellten zuordnen. 22 Prozent

der AfD-Wählerinnen und Wähler seien Arbeitslose. Berufstätige haben bei dieser Bundestagswahl vor allem die CDU (31 %), die SPD (19 %) und die AfD (14 %) gewählt, so die Forschungsgruppe Wahlen. Bei den Arbeitslosen erhält die SPD (22 %) die meisten Stimmen, gefolgt von CDU und AfD mit jeweils 17 %.

Bei denjenigen, die sich in der Nachwahlbefragung als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bezeichnet haben, liegt die SPD mit einem Stimmenanteil von 29 Prozent vorn, gefolgt von der CDU (24 %) und AfD (15 %). Auch bei der aktuellen Bundestagswahl zeigt sich, dass der Stimmenanteil für die AfD bei den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern 2,4 Prozent höher als der Durchschnitt liegt. Differenziert nach Ost- und Westdeutschland ergibt sich ein ähnliches Bild.

Fazit:

Die Auswertung der Wahlergebnisse zeigt: Bei der Bereitschaft AfD zu wählen gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die AfD erreichte in Sachsen ihren höchsten Stimmenanteil und dort im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Im Vergleich zu anderen Wahlkreisen in den ostdeutschen Bundesländern kann hier kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Strukturdaten, wie Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von SGB-II-Leistungen, festgestellt werden. Daneben gibt es ein Süd-Nord-Gefälle in den Ergebnissen für die AfD. Im Norden Westdeutschlands erhielt die AfD im Durchschnitt geringere Zweitstimmenanteile als in Baden-Württemberg und Bayern. Beim Einkommen ist das Gefälle eher umgekehrt, daher kann gefolgert werden, dass die Bereitschaft, die AfD zu wählen, nicht vom Einkommen abhängig ist.

Zu den wesentlichen Treibern für eine Wahlentscheidung für die AfD gehören:

- Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung (Aufnahmeentscheidung im September 2016 und die Folgen der Aufnahme). Die Unzufriedenheit war in Bayern besonders groß und auch vom Ministerpräsidenten selbst mit getrieben, indem er immer wieder schärfere Maßnahmen ankündigte, diese aber gegenüber der Bundeskanzlerin nicht durchsetzen konnte.
- Enttäuschungen im Hinblick auf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen spielen keine Rolle; das gilt auch für die europa- und währungspolitischen Entscheidungen, die noch bei der letzten Bundestagswahl bedeutend waren.
- Treiber für eine Wahlentscheidung für die AfD ist vor allem die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage, dabei ist aber nicht die objektive Lage ausschlaggebend, sondern die subjektive Wahrnehmung.
- Die Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik, die in ganz Deutschland festzustellen ist, stößt vor allem in den ostdeutschen Bundesländern auf eine weit verbreitete subjektive Unzufriedenheit mit der eigenen Lage und der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie stößt in Ostdeutschland auch auf weit verbreitete rassistische Einstellungen und Ablehnung demokratischer Strukturen.
- Gewerkschaftsmitglieder empfinden die Gesellschaft traditionell häufiger als sozial ungerecht als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder. Zudem bestehen Ängste und Verunsicherungen

in Bezug auf die weitere Globalisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt. Auch sind Gewerkschaftsmitglieder nicht immun gegenüber rassistischen Einstellungen und einer sozialdemagogischen Propaganda der AfD. Sie stimmen – bei gleichen sozioökonomischen Merkmalen – ebenso häufig für die AfD wie die Gesamtbevölkerung. Dies geht vor allem zu Lasten der SPD.

Die bundesweiten Trends lassen aber keine Rückschlüsse für die großen Unterschiede der Zustimmung zur AfD in Wahlkreisen zu, auch wenn diese im gleichen Bundesland liegen oder die Strukturdaten vergleichbar sind. Gleiches gilt für die Ebene der Kommunen und die Wahlbezirke in den Groß- und Millionenstädten.

Ein Kommentar von Annelie Buntenbach, DGB-Bundesvorstandsmitglied:



Annelie Buntenbach, DGB-Bundesvorstandsmitglied (Foto: DGB/Simone M. Neumann)

„Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag sitzen erstmals Rechtsradikale und Rechtspopulisten im deutschen Parlament. Diese Partei vertritt deutlich völkische und autoritäre Positionen, führende AfD-Parteimitglieder haben sich in den vergangenen Wochen hemmungslos menschenfeindlich, europafeindlich und rassistisch geäußert. Das ist nicht tolerierbar. Die Gewerkschaften können und werden die Präsenz der AfD im Bundestag nicht als Normalität akzeptieren und fordern die Parteien auf, alles zu tun, um die Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. Dazu gehört, eine stabile Regierung zu formen und die Interessen der Beschäftigten sowie Antworten auf ihre Ängste in den Vordergrund zu stellen. Eine Zusammenarbeit, wie wir sie mit Vertretern anderer Parteien vertrauensvoll pflegen, schließt sich angesichts der Programmatik der Partei auf: Wer gewerkschaftliche Grundwerte ablehnt, Rassismus predigt, Sozialversicherungssysteme privatisieren, Deutschümelei fördern will und Europa ablehnt, ist kein Partner für Gewerkschaften. Auch wenn die Wahlergebnisse regional unterschiedlich sind – die AfD ist kein ostdeutsches Problem, sie ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, sie ist ein schlicht rechtsradikal sind, sind nach bisherigen Untersuchungen viele Menschen darunter, die aus Protest und aus einer tiefen Verunsicherung heraus so gewählt haben. Daraus wird allerdings nur ein Kreuz ausgerechnet bei der AfD, wenn der Unmut mit rassistischen Deutungsmustern zusammentrifft. Gewählt worden ist die AfD auch von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Die AfD ist aber klar eine arbeitnehmerfeindliche Partei, ihre Programmatik widerspricht unseren Überzeugungen und Forderungen. Das werden wir stärker deutlich machen müssen – wir werden als Gewerkschaften nicht zulassen, dass die AfD ihrem völkisch-autoritären Gerippe ein soziales Mäntelchen umhängt.“

Gute Bildung für alle Menschen!

Auf Initiative der GEW hat sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis mit 30 Organisationen formiert, zu denen auch die Gewerkschaften und der Kumpelverein zählen, um mit Blick auf die jetzigen Koalitionsverhandlungen an CDU/CSU, FDP und Grüne zu appellieren, mehr Geld für Bildung bereit zu stellen. "Gute Bildung ist ein Eckpfeiler der Demokratie. Sie ist Voraussetzung für eine plurale, freiheitliche Gesellschaft, die gerade jetzt gestärkt werden muss", heben die Organisationen hervor. Bildung ermögliche den Menschen Teilhabe an der Gesellschaft, sie eröffne berufliche und persönliche Perspektiven. Die Mitteilung des Bündnisses in voller Länge findet ihr unter: <http://www.gelbehand.de/meldung/artikel/gute-bildung-fuer-alle-menschen/>

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- 1. Hamza Abdiji**, IG BCE, Betriebsrat, VKV Kronos Titan Leverkusen, Langenfeld
- 2. Gaffer Aker**, Generaldirektor Fa. Akermak, Bursa (Türkei)
- 3. Ralf Anders**, IG BCE, Betriebsrat Heubach GmbH, Mitglied des Bezirksausschuss Wolfenbüttel Langelsheim
- 4. Karlheinz Auerhahn**, IG BCE, Bezirksleiter Recklinghausen, Neukirchen-Vluyn
- 5. Lisa Bauch**, IG BAU, Fachreferentin, Berlin
- 6. Karsten Berlin**, IG BAU, Leiter der Bildungsstätte Haus am Pichelssee, Berlin
- 7. Jürgen Breland**, ver.di, Betriebsrat/VL, Langenfeld
- 8. Uwe Brell**, IG BAU, stellv. Bezirksverbandsvorsitzender Aachen, Hückelhoven
- 9. Karlheinz Bretz**, IG BCE, ehem. BR-Vorsitzender Solvay GmbH, Rheinbrohl
- 10. Klaus Churt**, DGB Region Düsseldorf Bergisch Land, Gewerkschaftssekretär, Krefeld
- 11. Fa. Ermanno D'Andrea SPA**, Lainate, Milano (Italien)
- 12. Nicole Egger**, IG BCE, Mitglied des Ortsgruppenvorstandes Rellinghaus, Essen
- 13. Hikmat El-Hammouri**, ver.di, Gewerkschaftssekretär Landesbezirk Rheinland Pfalz, Koblenz
- 14. Ralf Erkens**, IG BCE, Bezirksleiter Rhein-Main, Hochheim
- 15. Thomas Flemke**, IG BCE, Zielgruppenbeauftragter Bezirk Wolfenbüttel, Helmstedt
- 16. Moritz Greil**, IG BAU, Bundesjugendsekretär, München
- 17. Dirk Hansmeier**, IG BCE, Betriebsratsvorsitzender, Mitsubishi HiTec Paper GmbH in Bielefeld, Stellvertretender Vorsitzender des Bezirksvorstands Münster-Bielefeld, Bielefeld
- 18. Julia Harmeling**, IG Metall, Studentin, Hannover
- 19. Wolfgang Heinrich**, IG BCE, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Schott AG, Maisborn
- 20. Christian Helberg**, IG BAU, Beiratsmitglied, Mainz
- 21. Susanne Hengst**, IG BCE, Betriebsrat Städtische Werke Magdeburg, Vorsitzende des Bezirksjugendausschusses Halle-Magdeburg, OG-Vorsitzende, Magdeburg
- 22. Bruno Hickert**, IG BCE, Betriebsratsvorsitzender Continental (Chemie), Stolberg
- 23. Melanie Höse**, IG BCE, Betriebsrätin B. Braun, stellv. Vorsitzende des IG BCE- und Mitglied des DGB-Bundesjugendausschusses, Spangenberg
- 24. Herbert Huber**, IG BCE, Betriebsratsvorsitzender CABB Gersthofen, Gersthofen

- 25. Matthias Jakobs**, IG BCE, Bezirksleiter Moers, Wetter
- 26. Sèverine Jean**, Hannover
- 27. Raimar Kaiser**, IG BCE, VKV-Vorsitzender Covestro AG, Grevenbroich
- 28. Diella Kastrati**, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin Bezirk Kassel, Schwalmstadt
- 29. Jan Kiehne**, Geschäftsführer MYPE-GASUS GmbH, Reutlingen
- 30. Anatoli Klassen**, IG Metall, Politischer Sekretär Vorstandsverwaltung Frankfurt, Köln
- 31. Leif Knappe**, IG BCE, Trier
- 32. Thomas Kurtze**, IG BAU, Branchensekretär im Bundesvorstand Frankfurt, Frankfurt
- 33. Claudia Lemmer**, ver.di, Vorsitzende Ortsvorstand Solingen, Solingen
- 34. Walter Lochmann**, ver.di, Arbeitszeitberater bei der Beratungsstelle für Technologiefolgen und Qualifizierung im ver.di Bildungswerk Kassel, Bad Vilbel
- 35. Marianne Maehl**, IG BCE, stellv. BR Vorsitzende BayerCropScience AG, Egelsbach
- 36. Joline Macek**, IG BCE, stellv. Betriebsratsvorsitzende Currenta Dormagen, Dormagen
- 37. Klaus Müller**, IG BCE, Betriebsrat Evonik Industries Krefeld, Kerken
- 38. Thilo Nicklas**, IG BAU, stellv. Bezirksverbandsvorsitzender Köln-Bonn, Köln
- 39. Olaf Pass**, IG BCE, Betriebsrat, VKV, Bayer Uerdingen, Krefeld
- 40. Mehmet Perisan**, IG BAU, Bezirksverbandsvorsitzender, Köln-Bonn, Köln
- 41. Karsten Rehbein**, IG BCE, Bezirksleiter Karlsruhe, Heddeshheim
- 42. Rainer Reißfelder**, NGG, Geschäftsführer Region Oberpfalz, Regensburg
- 43. Isolde Ries**, NGG, Gewerkschaftssekretärin, MdL Saarland, Vizepräsidentin des Landtages, Saarbrücken
- 44. Tilman Roos**, IG BAU, stellv. Bezirksjugendvorstand, Bonn
- 45. Kamil Sahin**, IG BCE, Betriebsratsmitglied, VKV-Vorsitzender Synthomer Deutschland GmbH, Recklinghausen
- 46. Christoph Schink**, NGG, Referatsleiter Gastgewerbe in der Hauptverwaltung Hamburg, Hamburg
- 47. Tobias Schmidt**, IG BCE, Vorsitzender des Bezirksjugendausschusses Dortmund-Hagen, Bochum
- 48. Beate Schmitz**, DGB-Bildungswerk NRW, Bildungsreferentin, Duisburg
- 49. Dirk Schumacher**, IG BCE, freigestellter Betriebsrat RWE Power TTHW (Braunkohle), Rommerskirchen
- 50. Eleonore Schwalbach**, IG BCE, Vertrauensfrau Zanders GmbH, St. Augustin
- 51. Ismail Tekin**, Betriebsratsvorsitzender RWE Power Tagebau Garzweiler (Braunkohle), Grevenbroich
- 52. Klaus Terheyden**, IG BCE, Gewerkschaftssekretär Bezirk Hamm, Oer-Erkenschwick
- 53. Yasar Tombak**, IG BCE, Betriebsratsmitglied, Herne
- 54. André van Broich**, IG BCE, Betriebsratsvorsitzender Bayer AG Dormagen, Dormagen
- 55. Alexander von Heldreich**, IG BCE, stellv. Betriebsratsvorsitzender M-real Zanders, Köln
- 56. Jörg Weißgerber**, IG BAU, Mitglied des Bezirksvorstandes Dresden, Dresden
- 57. Nils Werner**, ver.di, Abteilung Mitbestimmungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- 58. Frank Winkelkötter**, IG BCE, Bereichsleiter Führungskräfte Vivawest, Gelsenkirchen
- 59. Sabine Wolter**, IG BCE, Arbeitsdirektorin Vivawest DL, Bochum
- 60. William Andrew Woodburn**, Vice President Supply Chain Tissue Europe at SCA Hygiene Products, Haimhausen
- 61. Deniz Levent Yürüyen**, Hannover
- 62. Christoph Zaar**, DGB-Bildungswerk NRW, Bildungsreferent, Köln

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Ricarda Scholz (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos:

Gelbe Hand, DGB

Produktion:

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

www.setzkasten.de

Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. Hans-Böckler-Straße 39 40476 Düsseldorf

Tel.: 0211-4 30 11 93

info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de

www.facebook.de/gelbehand

gelbehand

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank

Giovanni Pollice, Vorsitzender